Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 47 (1953)

Heft: 10

Artikel: Weltrundschau : Diplomatie des Kalten Krieges ; Aufstand gegen Amerika? ; MacArthur in Zivil ; Gegenkräfte ; Der Kampf um Indochina ; "Demokratie" in Guayana ; Britisch Zentralafrika

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139815

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sechs Kameraden *Verhandlungsgang,* der eine Art Manöver darstellte zur Offensive der Gewaltlosigkeit, welche Gewaltlosigkeit von den Menschen bis jetzt überhaupt nicht für möglich gehalten wird, besonders nicht in unsern Ländern, wenn man schon Indien als solchen Experimentes für fähig hielt. Der friedliche Feldzug der sieben Aufrechten mit ihrer weißen Fahne war so nüchtern, sachlich und anschaulich dargestellt worden, daß uns ob solchen Wunders, das da tatsächlich vor einigen Monaten im Deutschland der West- *und* der Ostzone geschehen ist, heiß ums Herz wurde. *Solches* Rittertum einmal überall erleben zu dürfen, *solche* Schlachten einmal in aller Welt schlagen zu dürfen mit keinen andern Waffen als mit Offenheit, Mut, Güte und Wissen, mit fester Haltung und frohem Kindersinn und so viele Menschen friedlich zu neuem Denken und Tun und neuem Hoffen und Wirken zu führen — ist dies nicht die Wende für uns alle, vor allem für das neue Geschlecht, das darnach dürstet, Heldentaten zu tun und dem mit dem Knopfdrücken zur Auslösung einer Atombombe, die ganze Erdstriche total vernichtet, wirklich nicht geholfen ist, das aber aufblühen könnte in fruchtbarem, positivem Schaffen einer neuen Welt im Sinne Jesu. Und nachdem die friedliebende, aber säbelrasselnde Schweiz drastisch (von einem Schweizer) dargestellt worden war, stieg die Vision eines wahrhaftigen Volkes der Hirten vor uns auf, und die Wirklichkeit dieser Vision ist schöner und realer als der Alpdruck, unter dem wir jetzt ersticken.

Wir danken allen herzlich und bewegt, die auf irgendeine Weise mitgeholfen haben, diesen Ferienkurs zu gestalten und zu tragen, nicht zuletzt unsern freundschaftlich gesinnten Gastwirten im Hotel «Alpina». *C. W.-St.*

WELTRUNDSCHAU

Diplomatie des Kalten Krieges

Wenn Diplomatie die Kunst ist, Worte zu machen, um seine Gedanken zu verbergen, dann haben die Meister dieser Kunst und ihre Schüler in den letzten Wochen wieder einige bemerkenswerte Leistungen vollbracht. Angeblich um die West-Ost-Spannung zu mildern, haben die Westmächte Anfang September der Sowjetunion eine *Außenministerkonferenz* vorgeschlagen, die Ende Oktober hätte in Lugano zusammentreten und sich vor allem mit der Lösung der *deutschen Frage* befassen sollen. Die Sowjetunion hat darauf mit dem Gegenvorschlag geantwortet, zuerst eine Konferenz abzuhalten, die unter Beiziehung Chinas die *Gesamtheit* der strittigen Weltfragen prüfen solle; erst nachher solle an einer neuen Konferenz die deutsche Frage erörtert werden, nebst anderen Vorschlägen, «die im Laufe der Vorbereitung der Tagung unterbreitet werden».

Im westlichen Lager wurde diese Antwort mit der üblichen Entrüstung aufgenommen. Sie sei, so hieß es, «ein trostloses Dokument»; der Sowjetunion sei es überhaupt nicht um Verhandlungen zu tun, sondern nur um die Spaltung der Westfront und die Vermehrung der internationalen Schwierigkeiten und was dergleichen Vorwürfe mehr sind. Es ist das alte Lied: Wenn die Sowjetunion nicht ohne weiteres die Vorschläge der Gegenseite annimmt, so ist das einfach Sabotage am Frieden; die Begehren der Westmächte hingegen sind immer vom reinsten Friedenswillen eingegeben und müssen von allen Gutgesinnten in allen wesentlichen Punk-

ten erfüllt werden ... Man wird dabei gewiß zugeben müssen, daß die russischen Vorschläge, soviel sie auch für sich haben mögen, der Linie der gegenwärtigen westmächtlichen, besonders der amerikanischen Politik zuwiderlaufen und darum aussichtslos sind, zumal die Anregung auf Beiziehung Chinas zu einer allgemeinen Weltkonferenz und auf Bildung einer vorläufigen gesamtdeutschen Regierung mit Vertretern der Ostzone. Aber sind die bekannten Vorschläge der Westmächte für die Lösung der deutschen Frage — «freie Wahlen» mit folgender Möglichkeit des Anschlusses Gesamtdeutschlands an den Westblock — für Rußland etwa weniger unannehmbar? Mutet man im Westen der Sowjetunion wirklich zu, ein «neues», aufgerüstetes Deutschland in Kauf zu nehmen, das mit größter Wahrscheinlichkeit im Bunde mit den Vereinigten Staaten den Versuch machen würde, einen gewaltsamen Umsturz der Machtverhältnisse in Osteuropa herbeizuführen? Wenn es demgegenüber Moskau vorzieht, die deutsche Frage in der Schwebe zu lassen und die Verantwortung für die Ablehnung einer Weltkonferenz, an der auch China beteiligt wäre, den Westmächten zu überlassen, so haben diese sicher kein Recht, den Russen daraus einen Vorwurf zu machen; *ihr* Bestreben geht ja doch offenkundig darauf aus, die Sowjetunion vor die Wahl zu stellen, entweder als Friedensfeind gebrandmarkt zu werden oder aber vor dem Westblock (und Westdeutschland) zu kapitulieren.

Daran dürfte auch die neue Note der Westmächte an Rußland nichts ändern, die die Einladung nach Lugano wiederholt, so wenig wie der Nichtangriffspakt zwischen Ost- und Westblock, der jetzt in Washington studiert wird. Denn wenn ein solcher Pakt ernst gemeint wäre, so müßte er doch die Sowjetunion und ihre Verbündeten ebenso vor einer gewaltsamen Änderung der gegenwärtigen Ostgrenze Deutschlands schützen, wie Westeuropa vor einem Einbruch der Sowjetunion in das Land diesseits der Oder-Neiße-Linie. Gerade das aber will man mindestens in Amerika nicht. Man will dort der Sowjetunion nur Sicherheit vor einem neuen Angriffskrieg aus dem Westen geben, wenn sie zuvor — auf dem Weg über die berühmten «freien Wahlen» — die Angliederung Gesamtdeutschlands an den Westblock und womöglich die «Unabhängigkeit» Polens, der Tschechoslowakei usw. angenommen und gewährleistet habe. Ist es darum zuviel gesagt, wenn man feststellt, daß das Ganze ein unredliches Spiel mit Worten ist, hinter dem alles andere, nur kein ernster Wille zum Frieden steht, der eben kein Diktat sein darf, sondern auf gegenseitigem Nachgeben beruhen muß?

Aufstand gegen Amerika! In *Moskau* — und Peking — scheint man das begriffen zu haben. Daher die verstärkte Betonung von Stalins Politik der friedlichen Konkurrenz der beiden großen Weltbünde und der in ihnen verkörperten Systeme: des westlichen Kapitalismus und des östlichen Kommunismus. Wobei dahingestellt sei, *wie lange* nach russischer Auffassung dieses Nebenein-

anderleben der beiden Systeme andauern kann; denn daß der Kommunismus — oder in den dafür in Frage kommenden Ländern irgendein radikaler Sozialismus demokratischer Prägung — schließlich in der ganzen Welt zum Durchbruch kommen müsse, ist selbstverständlich die feste Überzeugung der Sowjetpolitik, nur daß sie eben ein zunehmendes *inneres* Versagen des Kapitalismus ins Auge faßt, ohne kriegerischen Zusammenstoß mit der kommunistischen Welt, höchstens begleitet von einer gewaltsamen Auseinandersetzung unter den kapitalistischen Mächten selber.

In *Washington* herrscht, besonders seit Eisenhower und Dulles das Steuer in die Hände genommen haben, demgegenüber der offenbare Wille vor, es auf eine endgültige Machtprobe mit dem kommunistischen Block ankommen zu lassen. Die Schwierigkeit ist dabei bloß, die *europäischen Verbündeten* Amerikas bei der Stange zu halten und Widerstände einer sich bildenden «dritten Kraft» zu neutralisieren. Denn hatte man namentlich in England und Frankreich schon immer seine Zweifel, ob es noch möglich sei, einen kommunistischen Block zu zerschlagen, dem jetzt auch das Vierhundertmillionenvolk des neuen Chinas angehört, ohne daß dabei Europa geopfert werde, so weckte die neue Friedensoffensive der Sowjetunion in den westeuropäischen Ländern erst recht Hoffnungen und Strebungen, die auch in Amerika nicht übersehen werden konnten. Und als gar Winston Churchill selber, der alte Bolschewikifeind und Mitorganisator des Kalten Krieges, sich offen zu einer Politik der friedlichen Verständigung mit Moskau bekannte, da sah sich Washington geradezu vor die Wahl gestellt, entweder auf seine Scharfmacherpolitik zu verzichten oder aber seine europäischen Verbündeten zu verlieren.

Gewiß fühlen sich die herrschenden Klassen Englands, Frankreichs, Italiens usw. aufs stärkste an die Vereinigten Staaten gebunden, wirtschaftlich wie politisch, nicht zuletzt auch als Nutznießer eines kolonialen Imperialismus, für dessen Aufrechterhaltung sie, trotz allem beunruhigenden Appetit des großen Gönners jenseits des Ozeans, auf die tatkräftige Unterstützung Amerikas unbedingt angewiesen sind. Allein auf der anderen Seite wachsen eben auch die *Gegensätze* zu Amerikas draufgängerischem Gewaltkurs, wächst namentlich die Furcht, sei es in Europa oder in Asien, sei es durch die gefährliche Verbindung der Vereinigten Staaten mit Syngman Rhee und Tschiang Kai-Shek oder durch die amerikanische Politik der «Befreiung» Osteuropas, in ein weltweites Abenteuer hineingerissen zu werden, das vielleicht die Vereinigten Staaten zur alleinherrschenden Weltmacht erheben, für Europa aber nur Zusammenbruch und Zerstörung bedeuten könne. Ganz bezeichnend für diese Stimmung ist der Umstand, daß in England der Gedanke einer friedlichen Verständigung mit dem östlichen Lager recht eigentlich volkstümlich geworden ist und den schlaffen Segeln der Labourpartei frischen Wind zugeführt hat. Aneurin Bevan, der Führer des linken Labourflügels, hat sicher nicht nur für die ganze Partei, sondern auch für weite Kreise in den andern politi-

schen Lagern gesprochen, wenn er unlängst Amerikas Finanzwelt und Diplomatie beschuldigte, «die gleiche Art Europa zu schaffen, die zum Krieg führte». «Wenn wir es zulassen», so sagte er, «daß in Spanien, Frankreich und Großbritannien die gleichen Elemente an die Macht gelangen wie vor dem Kriege, dann wird das die gleichen Folgen zeitigen ... Es scheint mir zutiefst böse, daß die Vereinigten Staaten versuchen, ihre Kultur auf die spanische Gesellschaftsordnung zu gründen. Etwas derartig Böses geschieht auch in Westdeutschland und Italien.» (United-Preß-Meldung vom 1. Oktober.)

Bevan forderte die britischen Sozialisten auf, diesem Zug der amerikanischen Weltpolitik entschlossenen Widerstand zu leisten und die Führung im Kampf um den Weltfrieden zu ergreifen, wie das Nehru in *Indien* bereits getan habe. Die indische Opposition gegen Amerikas Machtpolitik, wie sie namentlich auch im Schoße der Vereinten Nationen zutage tritt, erregt tatsächlich in Amerika zunehmende Verstimmung und Erbitterung, nicht zu reden vom Zorn der südkoreanischen Halbgötter, die Indien bereits ganz ungescheut als an Moskau und Peking verkauft hinstellen. Anderseits weiß man in England genau, daß man sich auf die Länge keiner Politik verschreiben darf, die Indien zum Gegner hat; das Britische Commonwealth — die Gemeinschaft der um Großbritannien lose gruppierten Staaten: Irland, Kanada, Südafrika, Indien, Pakistan, Australien und Neuseeland — würde unweigerlich auseinanderfallen, wenn sich England auf den Versuch einer Gewaltlösung für die großen Weltfragen einließe, wie das den Vereinigten Staaten vorschwebt.

MacArthur in Zivil Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sieht sich so einer überaus schwierigen Lage gegenüber. Sie zu meistern, die aufsässigen Verbündeten zu beschwichtigen, neue Verbündete zu gewinnen und überhaupt ein internationales Klima zu schaffen, das den Zusammenhalt und die Schlagkraft der antikommunistischen Weltfront sichert — das ist die Aufgabe, die sich John Foster *Dulles*, «der MacArthur in Zivil», wie man ihn schon nannte, gestellt hat. Und er hat dabei, neben Scheinerfolgen, im Laufe der letzten Wochen und Monate auch erhebliche positive Ergebnisse zu buchen vermocht. Überblicken wir rasch die Hauptentwicklungen.

1. Amerika hat mit *Südkorea* einen förmlichen Allianzvertrag geschlossen und sich zugleich verpflichtet, zusammen mit Südkorea die in Aussicht genommene Friedenskonferenz zu verlassen, falls sie nicht innert neunzig Tagen zu demjenigen Ergebnis führe, das auch Amerika wünscht: die Wiedervereinigung Koreas unter dem Regime Syngman Rhees.

2. Die 16 UNO-Staaten, die sich am Koreakrieg beteiligt haben, sind von Amerika bestimmt worden, *China* mit dem *Totalkrieg* zu bedrohen, falls es in Korea zu einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten kommen solle. Also grundsätzlich der Triumph des Gedankens, von dem sich Mac Arthur von Anfang an leiten ließ.

3. Die Vereinigten Staaten haben es in der UNO durchgedrückt, daß *Indien* von der Koreakonferenz ausgeschlossen wurde. Nun ist zwar inzwischen auf den 22. Oktober eine Vorbesprechung zwischen Vertretern Amerikas, Nordkoreas und Chinas in Panmunjom angesetzt worden, an der die Frage der Beiziehung Indiens noch einmal «diskutiert» werden soll; aber Washington hat sich ausdrücklich die Entscheidung darüber selbst vorbehalten, so daß zum mindesten unklar bleibt, ob es ernstlich daran denkt, der Weltmeinung hier ein Zugeständnis zu machen. Auf jeden Fall ist die *Lage in Korea* neuerdings sehr *gespannt* geworden. Die Südkoreaner, unterstützt vom amerikanischen Kommando, setzen alles daran, um zu verhindern, daß die «nichtheimkehrwilligen» Nordkoreaner und Chinesen, die in den UNO-Lagern monatelang psychologisch aufs heftigste bearbeitet worden sind, von ihren Landsleuten auch nur einigermaßen sachlich über ihre Lage im Fall ihrer Rückkehr aufgeklärt werden. Welchem Terror diese Leute ausgesetzt sind, deutet auch der Koreakorrespondent der «New York Times» an, wenn er am 28. September berichtet: «Es wurde bekannt, daß bei der scharfen Disziplin in den Reihen der Gefangenen manche, die tatsächlich heimkehren wollten, Angst hatten, diesen Wunsch zu äußern, weil sie Mißhandlungen oder Schlimmeres von Mitgefangenen fürchteten.» Aus dieser Lage können noch die gefährlichsten Verwicklungen entstehen. *

4. In *Persien* ist — wir haben davon ja früher gesprochen — der Zug nach «links», der angesichts der fürchterlichen Not des einfachen Volkes nur allzu natürlich ist, durch den Staatsstreich des ehedem nazifreundlichen Generals Zahedi mit Hilfe der Vereinigten Staaten vorerst aufgehalten worden. Daß die von Amerika finanzierte Militärdiktatur Bestand haben könne, ist zwar ganz unwahrscheinlich, aber Tatsache ist doch, daß für den Augenblick «die Stellung der Vereinigten Staaten in Persien bedeutend gefestigt» wurde, wie Walter Boßhard, der Asienkorrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (in Nr. 2371 des Blattes), feststellt. Amerika habe «gegenüber der Sowjetunion, aber auch gegenüber Großbritannien einen gewaltigen Vorsprung gewonnen».

5. Möglicherweise setzt sich Amerika auch in *Ägypten* an die Stelle Englands. Zum mindesten nützt es die Finanz- und Wirtschaftshilfe, die

---

* Damit sich zur Tragödie auch das Narrenspiel geselle, wird in der militärischen Führung der *schweizerischen Koreadelegation* «etwas viel Fastnacht» getrieben, wie das «Volksrecht» schreibt:

> «Zuerst die plötzliche Verwandlung eines Oberleutnants in einen Obersten z. K. (Korea-Oberst) und eines Obersten in einen Oberstbrigadier; dann die belanglosen Presseberichte der Delegation aus Korea, die jeweils mit vierzehntätiger Verspätung eintreffen, nichts Wesentliches enthalten und längst überholt sind, wenn sie erscheinen, und jetzt der Mummenschanz mit amerikanischen Generalsuniformen.»

Der Kommandant unserer Koreamission, Oberstdivisionär Rihner, hat sich nämlich in eine amerikanische Uniform geworfen, allerdings mit schweizerischen Gradabzeichen; sein Untergebener, Oberst Asper, trägt aber fröhlich die volle Uniform eines amerikanischen Einstern-Generals ...

es Ägypten in Aussicht stellt, dazu aus, um eine «Verständigung» zwischen Ägypten und Großbritannien herbeizuführen, die seine eigene Stellung im Orient kräftig zu verstärken geeignet wäre.

6. *Spanien* ist von Amerika noch viel offener als Persien (und Ägypten) gekauft worden. Die 226 Millionen Dollar (über eine Milliarde Schweizer Franken), für die Spanien seine Flugplätze, Häfen, Eisenbahnen, strategischen Straßen und sonstigen Militäranlagen den Vereinigten Staaten zur Verfügung stellt, sind für das Regime Franco eine unschätzbare Hilfe, machen es tatsächlich zum Bundesgenossen der «freien Völker» im Kampf gegen «Diktatur und Tyrannei» (welche Lüge!) und bereiten sogar, wenn man gewissen Berichten glauben darf, Spaniens förmlichen Anschluß an den Nordatlantikbund vor. Daß fast gleichzeitig der Vatikan ein neues Konkordat mit Spanien abgeschlossen hat, das von der spanischen Presse als großer Triumph des Regimes gefeiert wurde, ist kein Zufall. Del Vayo schreibt in «The Nation» (26. 9.) erbittert:

«Gerade als eine ernste innere Krise unvermeidlich schien — sogar ein Teil der Armee wurde unruhig —, kamen die Vereinigten Staaten und der Vatikan dem Diktator zu Hilfe. Die Reaktion hat überall die Früchte der Interessengemeinschaft zwischen der katholischen Kirche und der großen protestantischen Republik geerntet. Nachdem sie so oft katholischem Druck zu Hause nachgegeben haben, werden die Amerikaner kaum etwas gegen die Finanzierung einer Diktatur in Spanien einwenden, die die Protestanten verfolgt, ihnen ihre Kirchen sperrt und ihre Pfarrer ins Gefängnis steckt. Der Einklang zwischen den rivalisierenden Bekenntnissen ist durch das gemeinsame Ziel der Ausrottung des Kommunismus hergestellt worden. Dieser Zweck beherrscht die ganze politische Strategie des Westens. Wer immer ein Schwert für den Kreuzzug beisteuert, auch wenn es ein mit Christenblut beflecktes Schwert ist, bekommt den zweifachen Schutz des Dollars und des Kreuzes.»

7. Ein ähnliches Abkommen wie mit Spanien hat Amerika mit *Griechenland* abgeschlossen. Es ermächtigt die Vereinigten Staaten, in Griechenland Flottenstützpunkte und Flugplätze, Straßen und Bahnen zu benützen und auszubauen und Streitkräfte zu stationieren, die sich überall frei bewegen können. Daß damit das halbfaschistische Regiment in Griechenland neuerdings — wenn auch nur künstlich — gestützt wird, liegt auf der Hand.

8. Nachdem die Vereinigten Staaten schon bisher einen Drittel der Kosten für Frankreichs Krieg in *Indochina* getragen hatten, haben sie jetzt ihrem stöhnenden Verbündeten eine weitere massive Unterstützung gewährt, um ihn am Absprung zu verhindern. Darüber weiter hinten mehr.

9. Endlich wirkt sich der Wahlsieg, den in *Westdeutschland* die Regierung Adenauer mit amerikanischer Wirtschafts- und Propagandahilfe errungen hat, deutlich zugunsten der Machtziele der USA aus. Auch *Churchill* hat sich in seiner enttäuschenden Rede am konservativen Parteitag in Margate erneut für die Wiederbewaffnung Westdeutschlands erklärt, und wenn Frankreich und Italien noch lange mit der Genehmigung des Pariser Vertrages zögern, so gibt es noch andere Wege, um die Wie-

deraufrüstung Westdeutschlands zu sichern, sei es, wie Churchill mit einem drohenden Seitenblick auf Frankreich andeutete, durch Einbeziehung der Bonner Republik in den Atlantikbund, sei es durch direkte Abmachung zwischen Amerika und Westdeutschland à la Spanien. Denn in England wird man damit ebenso einverstanden sein wie mit dem spanisch-amerikanischen Sondervertrag, der — wieder so ein Stück diplomatischer Heuchelei! — das prüde Großbritannien nicht *unmittelbar* zum Komplicen Francos macht. Bereits läßt sich die «Neue Zürcher Zeitung» (Nr. 2262) melden, daß in London «an zuständiger Stelle» die Meinung zu herrschen scheine, «die Sowjetunion werde sich erst verhandlungsbereit zeigen, wenn westdeutsche Divisionen auf der Bildfläche zu erscheinen beginnen». Kein Wunder darum, daß Churchill auch seinen berühmten Konferenzvorschlag vom 11. Mai, auf den die Völker der ganzen Welt soviel Hoffnungen gesetzt hatten, in seiner neuen Rede nur noch der Form halber, ganz schwächlich und ohne Überzeugung, wiederholt hat. Ernüchtert stellt der «New Statesman» (17. Oktober) fest:

> «Seit dem letzten Samstag müssen wir der Tatsache ins Auge sehen, daß die britische Friedensinitiative von ihrem Urheber endgültig fallengelassen worden ist. Nach einem Augenblick inspirierter Verirrung ist eine konservative Regierung zu der hergebrachten konservativen Politik zurückgekehrt, und Großbritannien hat sich aus der Unabhängigkeit wieder zurück in seine Stellung als Seniorsatellit der Vereinigten Staaten begeben.»

Herrn Dulles fiel es so wirklich nicht schwer, an der jüngsten Außenministerkonferenz der Westmächte in London die nochmals schüchtern erwähnte britische Anregung, sich mit den Russen zu Verhandlungen zusammenzusetzen, glatt unter den Tisch zu wischen. England wird ihm nicht so schnell wieder Schwierigkeiten machen!

Gegenkräfte Eine Hauptsorge Washingtons bleibt hingegen immer noch *Frankreich*—trotz der Unterwürfigkeit von dessen herrschender Klasse gegenüber Amerika. Die Regierung Laniel-Pleven ist von drei Seiten her bedroht: aus dem Lager der Arbeiter, Angestellten und Beamten, aus dem jederzeit neue Streikbewegungen hervorbrechen können; von seiten der Bauern, die wegen der fallenden Vieh- und Weinpreise in Unruhe sind; und aus den Gruppen und Kreisen, die der deutschen Wiederaufrüstung feind sind. (Die Sozialdemokraten machen freilich neuerdings Miene, ihren Widerstand aufzugeben.) Was aber, wenn eine mehr linksorientierte Regierung ans Ruder käme, vielleicht sogar eine neue Volksfront (Radikale, Sozialisten und Kommunisten)? Wird dann nicht der Krieg in Indochina abgebrochen werden, an dem Amerika so ungeheuer interessiert ist? Und wenn Frankreich die Ratifikation des Deutschlandvertrags verweigert, Amerika aber sich die westdeutschen Divisionen auf andere Art sichert — wird dann Frankreich nicht wieder Rückendeckung bei der Sowjetunion suchen, mit der es immer noch ein gültiger Allianzvertrag verbindet? Oder wird Amerika in Frankreich zu

wiederholen suchen, was ihm in Persien gelungen ist: die Aufrichtung einer reaktionären Militärdikatur, zur Rettung vor der Revolution und zur Wiederherstellung der antikommunistischen Einheitsfront in Europa?

Auch auf *Italien* kann sich Amerika nicht verlassen; nicht nur wegen der Labilität der innerpolitischen Lage (die großen Streikbewegungen dauern fort), sondern auch weil die Vereinigten Staaten und Großbritannien, entgegen ihrem demagogischen Wahlversprechen von 1948, nicht mehr daran denken, das *ganze* Gebiet von Triest Italien zu überlassen, sondern sich mit der tatsächlichen Zugehörigkeit der Zone B zu Jugoslawien abgefunden haben und Italien nur die Zone A, mit der Stadt Triest selber, übergeben wollen. Das ist ja kurz der Sinn ihrer «sensationellen» Erklärung vom 8. Oktober, die in Italien wie in Jugoslawien soviel Aufregung — weithin nur gemachte allerdings — hervorgerufen hat: in Italien, weil man auch die slawischen Teile des Gebietes von Triest haben will, in Jugoslawien, weil man keinerlei Festsetzung Italiens auf dem Ostufer der Adria wünscht und — anders als Italien — durch die britisch-amerikanische Diplomatie völlig überrumpelt wurde. Die Westmächte werden Mühe haben, die erhitzten Gemüter zu dämpfen; begeisterte Bundesgenossen werden sie aber künftig weder auf der einen noch auf der andern Seite haben. Ja, es ist bereits offen davon die Rede, daß Jugoslawien das amerikanische Lager verlassen und sich in die Neutralität zurückziehen werde — sofern das überhaupt noch möglich ist.

Und dann *Japan!* MacArthur hat ja sein möglichstes getan, um Japan zum getreuen Satelliten Amerikas zu machen, und Dulles meinte, mit dem von ihm entworfenen japanischen Friedensvertrag das Werk des amerikanischen Statthalters in Ostasien klug gekrönt zu haben. Aber jetzt erweist sich, daß die Japaner immer stärker von den Vereinigten Staaten abrücken, daß die Fortdauer der militärischen Besetzung ihres Landes zunehmende Erbitterung schafft und daß sich — o Ironie! — die Rechtsregierung Yoshida sogar «hinter die Nicht-Wiederaufrüstungs-Klausel der Verfassung flüchtet, die in der ersten Zeit nach dem Krieg für sie von General Douglas MacArthur, diesem großen Pazifisten, entworfen wurde», wie die «Monthly Review» spottet. Japan weiß eben, daß seine Lebensinteressen es auf das asiatische Festland hinweisen, und daß vor allem seine Wirtschaft die enge Verbindung mit China dringend braucht. Amerika kann diese Verbindung — und eine Annäherung Japans an die Sowjetunion — zwar vorübergehend verhindern, aber daß der Japaner der gefügige Gefolgsmann der amerikanischen Imperiumspolitik in Ostasien werde, der sich selbstlos für die Zwecke des großen antikommunistischen Kreuzzuges gebrauchen lasse, das wird ein Wunschtraum bleiben, der mit der Wirklichkeit nicht mehr viel gemein hat. Die Japaner sind eben keine Westdeutschen!

Ob man das in Washington allmählich merkt? Adlai *Stevenson*, der letztes Jahr ehrenvoll unterlegene demokratische Kandidat für die amerikanische Präsidentschaft, sucht es den Regierenden klar zu machen —

wenn auch noch sehr vorsichtig. Nach seiner großen Asienreise ermahnte er seine Landsleute ernstlich, die Vorstellung aufzugeben, daß Amerika eine Art Wach- und Schließgesellschaft zur Unterdrückung mißfälliger Ideen sein müsse, und forderte sie auf, wieder die Werte zu betonen, an die sie angeblich von jeher geglaubt hätten. Und das heiße, alle Möglichkeiten, zu einem Verhandlungsfrieden zu kommen, mit größter Gewissenhaftigkeit auszunützen. «Ist unser Ziel», so fragte er, «durch Verhandlung Wege zur Milderung von Spannungen herauszufinden, oder ist es die Verschärfung des Kalten Krieges? Ist es friedliches Nebeneinanderleben oder aber die Austilgung der kommunistischen Macht?» Das ist deutlich genug. Aber wird Stevenson auch Gelegenheit bekommen, sein Denken zur Tat werden lassen? Die Republikanische Partei verliert, wie auch die jüngste Nachwahl zum Bundesparlament im Staat Wisconsin gezeigt hat, bereits offensichtlich an Boden im Volk, und daß Eisenhower als Staatsmann ein Versager ist, wird allmählich auch vielen seiner bisherigen Anhänger klar. Allein von hier bis zu einem Umschwung der amerikanischen Gesamtpolitik ist noch ein weiter Weg. Und nichts als ein solcher Umschwung wird die Weiterverfolgung eines Kurses aufhalten können, der, wenn nicht die Vereinigten Staaten selber, so gewiß Europa ins Verderben zu stürzen droht. Werden sich die Gegenkräfte gegen den Eisenhower-Dulles-Kurs, von innen und außen her, noch rechtzeitig durchzusetzen vermögen? Die Frage ist offen.

Der Kampf um Indochina Wir haben vorne gesagt, daß die westeuropäischen Demokratien auch durch ihren Kolonialimperialismus eng an der Seite der Vereinigten Staaten festgehalten werden. Um das zu verdeutlichen, wollen wir heute drei ebenso aktuelle wie sprechende Beispiele für diesen westmächtlichen Kolonialismus anführen.

Das erste ist *Indochina*. Der «schmutzige Krieg», den die Franzosen dort führen, droht mit verstärkten Mitteln fortgesetzt zu werden, seit die Westmächte, und vor allem die Vereinigten Staaten, in Korea — mindestens vorübergehend — entlastet worden sind. Dies obwohl für uns von vornherein feststeht, daß dieser Krieg nur mit der endgültigen Niederlage der «Kolonisatoren» sein Ziel finden kann. Denn Indochina ist ja nur ein Teilstück der großen Front, an der die unterentwickelten Völker Asiens (und Afrikas) ihren weltgeschichtlichen Kampf um die Befreiung von Fremdherrschaft und wirtschaftlicher Ausbeutung führen. Ja, Indochina ist nur einer der Schauplätze des weltweiten Ringens zwischen Revolution und Gegenrevolution, in dem wir begriffen sind, und daß in diesem Ringen der Sieg den Kräften des Neuen, Vorwärtsdrängenden, Umwälzenden gehören wird, daran zweifeln wohl im Grund auch im Lager der Verteidiger der alten Ordnungen nur wenige. Alle Anstrengungen des offiziellen Frankreichs haben denn auch die «kommunistische Aggression» in Indochina nicht zu zerschlagen vermocht. Frankreich hat seit sieben

Jahren nur riesige Opfer bringen müssen; es hat — eingeschlossen seine Fremdenlegionäre und seine vietnamesischen Verbündeten — 135 000 Mann verloren, von denen 48 000 gefallen sind, hat ganze Jahrgänge seiner Offiziersschulen dahingegeben, hat bis Ende 1952 bereits 25 Milliarden Schweizer Franken in das indochinesische Abenteuer gesteckt — mehr als es in Form der Marshallplan-Hilfe von Amerika bekommen hat —, hat seine Staatsfinanzen immer mehr zerrütten lassen, ist in Europa — besonders gegenüber der deutschen Gefahr — verhängnisvoll gelähmt und überall aufs demütigendste in Abhängigkeit von Amerika geraten. Aber zu einem durchschlagenden militärischen Erfolg in Indochina hat es dennoch nicht gereicht. Über die großen Städte und die Küstengebiete hinaus erstreckt sich die französische Herrschaft schon lange nicht mehr; der Vietminh — der Staat der aufständischen Eingeborenen — ist im Hinterland fest organisiert und übt mit seinen Reformen eine unwiderstehliche Anziehungskraft auch auf die Völker von Laos und Kambodscha aus, die mit dem Puppenstaat Vietnam zusammen die «Verbündeten Staaten von Indochina» bilden. Ja, soeben hat der Nationalkongreß von Vietnam selber, einberufen von dem frankreichhörigen «Präsidenten» Bao Dai, die völlige Unabhängigkeit Vietnams von Frankreich gefordert — ein schwerer Rückschlag für Frankreich, das damit moralisch Indochina wohl verloren hat. Wie lang die vietnamische Armee unter diesen Umständen noch für den Kampf gegen den Vietminh eingesetzt werden kann, steht dahin.

Wenn trotz alledem der Krieg in Indochina weitergeführt wird, so nur darum, weil dahinter mächtige, bisher unerschütterte *konservative Kräfte* wirken. Was für Kräfte? Einmal das korrupte *Kolonialbeamtentum*, das aus dem Krieg ein glänzendes Geschäft zu machen verstanden hat, nicht zuletzt dank der — von uns schon einmal besprochenen — Möglichkeit, aus dem künstlich hochgehaltenen Kurs des indochinesischen Piasters bei der Umwechslung in Francs horrende Gewinne zu ziehen. Sodann die ganze Oberschicht des *kapitalistischen Bürgertums* in Frankreich, die an dem Besitz und der Ausbeutung Indochinas wie der anderen Kolonien aufs stärkste interessiert ist. Und zum dritten — was immer wichtiger wird — die *Vereinigten Staaten von Amerika*, die um keinen Preis Indochina der Hand Frankreichs entgleiten lassen wollen. Wie die Neuyorker «Monthly Review» (August 1953) schreibt:

«Niemand in der amerikanischen Regierung bezweifelt, daß sich ein freies Indochina rasch mit China verbünden und den Weg der sozialen Neugestaltung beschreiten würde, den China bereits verfolgt. Aber das heißt eben für Washington, Indochina an den Kommunismus ‚verlieren'... Und das würde seinerseits den Einfluß der ‚Freien Welt' auf ganz Süd- und Südostasien gefährden, wie Präsident Eisenhower selbst vor den Staatsgouverneuren in Seattle am 4. August nachdrücklich betonte. Der Präsident fuhr folgendermaßen fort:

„... Wenn also die Vereinigten Staaten 400 Millionen Dollar als Unterstützung dieses (indochinesischen) Krieges bewilligen, so stimmen wir damit nicht für ein Wohltätigkeitsprogramm. Wir stimmen für die billigste Art und Weise, den Eintritt eines Ereignisses zu verhindern, das von furchtbarster Bedeutung für die Vereinigten Staaten

von Amerika wäre, für unsere Sicherheit, für unsere Macht und Fähigkeit, gewisse Dinge zu bekommen, die wir von den Schätzen der indonesischen Länder und von Südostasien benötigen.'

Die Fortführung des Krieges in Indochina wird so von höchster Stelle als ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik erklärt. Die politischen und militärischen Führer reden natürlich davon, daß man den Krieg *gewinnen* müsse, aber es sei besonders vermerkt, daß es vom Standpunkt des ‚Festhaltens' von Südostasien aus, das Eisenhower als Grund für Amerikas Interesse an dem Krieg erklärt, nicht notwendig ist, daß Frankreich siegt; es ist nur notwendig, daß Frankreich weder verliert noch den Krieg durch einen Verhandlungsfrieden beendet. Amerikas Hilfe für den französischen Krieg hat darum einen Sinn, auch wenn, wie es durchaus möglich erscheint, unsere obersten Militärführer wenig Vertrauen in Frankreichs Siegeskraft haben.»

Die Vereinigten Staaten haben so neuerdings 385 Millionen Dollar (etwa 1650 Millionen Schweizer Franken) als Subvention an Frankreichs Kriegskosten bewilligt, mit der Verpflichtung für Frankreich, «seine militärischen Anstrengungen bis zur Vernichtung der Vietminh-Streitkräfte fortzusetzen, das Expeditionskorps dementsprechend zu verstärken und auch die Aushebung der Truppen der Tochterstaaten zu begünstigen. In einer weiteren Klausel ist davon die Rede, daß Frankreich die Rüstungsanstrengungen, zu denen es im Rahmen des Atlantikpaktes verpflichtet ist, nicht reduzieren wird.» («Neue Zürcher Zeitung» vom 1. 10. 53, Sondermeldung aus Paris.) Gleichzeitig warnt Amerika die Chinesische Volksrepublik vor einer Entsendung von Truppen nach Indochina; das würde, so sagte Unterstaatssekretär Bedell Smith am 15. September, als «Wiederholung der Aggression» aufgefaßt werden, die China in Korea begangen habe (als es sich im letzten Augenblick gegen MacArthurs drohenden Einfall in die Mandschurei zur Wehr setzte!), und «sehr schwere Folgen» haben, die «wahrscheinlich nicht auf Indochina allein beschränkt bleiben würden». Ähnlich äußerte sich Staatssekretär Dulles. Freie Hand also für Amerikas Eingreifen in Indochina, «Hände weg» aber für ein Eingreifen Chinas!

Amerikas und Frankreichs gegenrevolutionärer Krieg in Indochina wird freilich, wie schon das Eingreifen der Vereinten Nationen in Korea, auch ohne Chinas Dazwischentreten nur weiter dazu beitragen, die Völker Asiens gegen die Westmächte aufzubringen. «Wenn sie (nämlich westmächtliche Streitkräfte und Stützpunkte in Asien) das westliche Bemühen verkörpern, ein Regime zu stützen, das von seinem eigenen Volk gehaßt und verachtet wird, so wecken sie nur tiefe und weitverbreitete Feindseligkeit . . . Westliche Armeen, oder östliche Armeen, die nur durch westliche Hilfe aufrechterhalten werden, haben wahrscheinlich keine andere merkliche Wirkung auf die nationalistischen Bewegungen in Asien, als daß sie ihre starreren kommunistischen und antiwestlichen Elemente stärken. Und so scheint es denn, daß der geplante Rückzug der westlichen Streitkräfte aus Ostasien eine Bedingung für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West darstellt.»

Das stand am 25. April dieses Jahres in der liberalen Neuyorker «Nation» zu lesen. Inzwischen ist der angeblich geplante Rückzug der

westmächtlichen Armeen aus Ostasien nicht nur nicht ausgeführt worden, sondern die Kriegsmacht der «Freien Welt» in Ostasien wird sogar noch verstärkt — mit dem utopischen Ziel, den Krieg gegen die «Rebellen» bis zu deren Vernichtung fortzusetzen. Vernunft und Gerechtigkeitssinn würden gebieten, dem Morden in Indochina so schnell als nur möglich ein Ende zu setzen, durch eine Verständigung nicht allein mit dem Vietminh und mit Nordkorea, sondern auch mit dem neuen China, *das bleiben wird*, den Frieden in Ostasien zu sichern und die Milliarden, die in den indochinesischen Krieg gesteckt werden, für die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft und Kultur der zurückgebliebenen Völker Ostasiens zu verwenden. Aber wie soll man Vernunft und Gerechtigkeitssinn von Staaten erwarten, deren ganzes Regime auf Unvernunft und Ungerechtigkeit aufgebaut ist?

„Demokratie" in Guayana Ein zweites, lehrreiches Beispiel westlicher Kolonialherrschaft führen uns gegenwärtig die *Engländer* mit ihrem militärischen Eingreifen in Britisch Guayana vor Augen. Der Zweck ihrer Expedition nach dieser ihrer südamerikanischen Kolonie ist nämlich, wie sie erklären, die Sicherung der Demokratie vor einem «kommunistischen Komplott», das bereits in der Ausführung begriffen sei und eine wirksame Machtentfaltung der «Ordnungskräfte» erheische. Dabei haben, auf Grund einer neuen Verfassung, erst am 27. April dieses Jahres freie Wahlen stattgefunden, die in völlig gesetzmäßiger Weise die gegenwärtige Regierung von Guayana ans Ruder gebracht haben — die erste Regierung in der Geschichte der Kolonie, die überhaupt durch Volkswahl eingesetzt wurde. Man sollte meinen, daß damit der Demokratie vollständig Genüge geleistet worden sei. Aber nein, genau das Gegenteil ist nach britischer Auffassung der Fall. Denn die aus freier Willensäußerung des Volkes hervorgegangene Regierung hat den unverzeihlichen Fehler, daß die Mehrzahl ihrer Mitglieder, wie die Partei, der sie angehören und die 18 von den 24 Parlamentsabgeordneten stellt, entschieden sozialreformerisch eingestellt ist und sogar Sympathien für den Kommunismus und die Sowjetunion hegt! Ihr Präsident ist Dr. Cheddi Jagan, ein Zahnarzt indischer Abstammung, der mit anderen indischen und Neger-Intellektuellen wie auch kleinen Geschäftsleuten die Fortschrittliche Volkspartei von Guayana gegründet hat. Wie ein Korrespondent des «New Statesman» aus Georgetown, der Hauptstadt der Kolonie, schreibt, ist die Partei nicht kommunistisch; «das Ethos, das ihre Mitglieder erfüllt, ist nationalistisch und weißenfeindlich», also von ähnlicher Art wie der Geist, der die Freiheitsbewegung der Kolonialvölker Asiens und Afrikas beherrscht.

Und das ist auch kein Wunder, hat doch das Volk von Britisch Guayana — es zählt heute etwa 440 000 Menschen, von denen nur 3900 Europäer sind, neben 191 000 Indern und 156 000 Negern — alle «Segnungen» kapitalistischer Kolonialherrschaft erfahren. Seit Beginn des

17. Jahrhunderts von englischen Abenteurern heimgesucht, kam der westliche Teil der Guayanaküste — zwischen den Mündungen des Orinoco und des Amazonas gelegen — nach den napoleonischen Kriegen endgültig an Großbritannien. Er teilte das wirtschaftliche Schicksal der benachbarten westindischen «Zuckerinseln», die lange Zeit eine Goldgrube für die Pflanzer waren, dann aber durch die Aufhebung der Sklaverei in eine kritische Lage gerieten, waren doch die auf den Zuckerplantagen beschäftigten Arbeitskräfte fast ausschließlich aus Afrika verschleppte Sklaven, die infolge einseitiger und ungenügender Ernährung massenweise dahinstarben und immer wieder durch neue «Menschenware» ersetzt werden mußten.

«Die Großgrundbesitzer fühlten, wie die Grundlagen ihres Plantagensystems erschüttert waren, und richteten tausend Hindernisse auf, um die freien Neger vom Anbau eigener Nahrungsmittel abzuhalten ... Um die Löhne niedrig zu halten, gingen die Pflanzer dazu über, Arbeitskräfte aus den ärmsten Gebieten des Fernen Ostens einzuführen, und innert kurzer Frist ersetzten Ostindier die Neger in allen Arbeitszweigen. Ihre Nahrung bestand fast ausschließlich aus Reis, ihre Bedürfnisse waren gering, und so waren sie wunderbar geeignet für die Anforderungen der Zuckeroligarchie, deren Interesse an billigen und reichlich verfügbaren Arbeitskräften die Tatsache erklärt, daß ein großer Teil der gegenwärtigen Bevölkerung der britischen Kolonien in den amerikanischen Tropen indischer Abstammung ist.» (Josué de Castro, «Geographie des Hungers», Seite 107.)

Die *Lebenshaltung* der westindischen Bevölkerung, zu der Guayana gehört, ist nach der Fabierschrift «Challenge to the British Caribbean» «jammervoll tief». Die Löhne sind niedrig, die Wohnungsverhältnisse untermenschlich, das Familienleben unstet, so daß die Verhältniszahl der unehelichen Geburten eine der höchsten der Welt ist. Wie auch aus anderen Quellen hervorgeht, kann ein großer Teil der Bevölkerung — von den Indern in Guayana 40 Prozent — weder lesen noch schreiben; für die mehr als 100 000 Kinder im schulungsfähigen Alter gibt es nur 280 Primarschulen — kaum eine auf 360 Kinder. Nur 20 voll ausgebildete Lehrer verlassen jedes Jahr das Seminar. (Man vergleiche damit etwa das glänzend entwickelte Schulwesen in einer der ehemaligen Kolonien des zaristischen Rußlands, zum Beispiel Usbekistan! Und die Engländer herrschen über Guayana schon 140 Jahre ...)

Die *Wirtschaft* Britisch Guayanas ist — mit der Zuckerindustrie als Schwerpunkt — gänzlich einseitig entwickelt. Wie in einer hochinteressanten Sonderbeilage des «New Statesman» (vom 17. Oktober) gesagt wird, ist diese Zuckerindustrie «der klassische Typus eines Monopolkapitalismus, der zur Gemeinwirtschaft reif ist». Es gibt nämlich nur noch 21 Zukkerplantagen, von denen 12 einer einzigen englischen Gesellschaft gehören und die alle sehr schöne Profite machen. Begreiflich, denn die Löhne sind — bei überlanger Arbeitszeit und schweren Arbeitsbedingungen — meistens miserabel. Die erwachsenen männlichen Plantagenarbeiter brachten es *im ganzen Jahr* 1948 durchschnittlich auf bloß 732 Schweizer Franken, die Frauen (auf den Plantagen und in den Fabriken) gar auf nur

414 Franken. In den Bauxitwerken — die den Rohstoff für das Aluminium fördern — verdienen die Arbeiter etwa 34 Franken *in der Woche*, auf den Reisfeldern kaum 14 Franken. Im Jahr 1945 wurden von 8000 inspizierten Häusern in Georgetown 2300 als unbewohnbar erklärt. Unterernährung und Tropenkrankheiten sind weit verbreitet.

Wer wundert sich, daß das arme, ausgebeutete Volk dieses zurückgebliebenen Landes allmählich gegen solche Zustände rebelliert und Neger wie Inder, Chinesen wie Mischlinge mehr und mehr zum Bewußtsein ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte erwachen? Dennoch ist es unwahr, daß die Bewegung, die bei den Wahlen gesiegt hat, kommunistisch ausgerichtet oder inspiriert sei und daß die Regierung, wie das Kolonialamt in London behauptet, einen Umsturz im kommunistisch-totalitären Sinn vorbereitet habe, als «Plattform für die Ausdehnung des kommunistischen Einflusses in der westlichen Erdhälfte», zu welchem Zweck sie entschlossen gewesen sei, «Gewalt anzuwenden und den Staat in wirtschaftliches und soziales Chaos zu stürzen».

Wahr ist hingegen, daß die Führer der Fortschrittlichen Volkspartei, trotz ihren Sympathien für Sowjetrußland und dessen Leistungen für die Hebung seiner ehemaligen Kolonialvölker, ein ganz nüchtern-reformistisches Programm sozialer und politischer Umgestaltung zur Ausführung zu bringen suchen — bis auf die Nationalisierung der Zuckerindustrie, die, wie erwähnt, zur Überführung in Gemeinbesitz längst reif ist und aus der die Mittel für die allmähliche Schaffung eines Wohlfahrtsstaates nach (annäherungsweise) englischem Vorbild gewonnen werden sollen. Aber gerade hier, an diesem Programmpunkt, entzündete sich der erbitterte Widerstand der Zuckerkapitalisten. Der äußere Anlaß war ein Kampf um die *Anerkennung der freien Gewerkschaften* durch die Unternehmer, der schon den ganzen Sommer über gedauert hatte und anfangs September, *mit Unterstützung der Regierung*, zum Streik der Zuckerarbeiter führte. Der Streik schlug fehl, ebenso wie ein Ende September ausgerufener Generalstreik — und jetzt hielten die Unternehmer die Stunde für gekommen, um gleich ganze Arbeit zu machen. Ein Streik von Plantagensklaven, den die Landesregierung stützte, statt ihn niederzuschlagen — das war freilich ein Ereignis, das in der britischen Kolonialgeschichte unerhört war. Ging das so weiter und wurden gar allmählich Sozialreformen durchgeführt, wie sie die Volkspartei vertrat, dann war auch die Zeit nicht mehr fern, da die Zuckerindustrie nationalisiert werden konnte und mußte! Das rechtzeitig zu verhindern, *das* war der Zweck des Aufgebotes von Kriegsschiffen und britischer Infanterie, der Aufhebung der jungen Verfassung und der Absetzung der Minister, die der Gouverneur unter dem Druck der Zuckerherren von der Londoner Regierung erwirkte. Wobei besonders bemerkenswert ist, daß der Gouverneur keinerlei Versuch machte, von seinen eigenen weitgehenden Vollmachten gegenüber der Regierung von Guayana (Einspruchsrecht gegenüber Gesetzen, Verfügung über die Polizeikräfte, Oberaufsicht über die Verwal-

tung und das Finanzwesen usw.) Gebrauch zu machen, vielmehr sofort zur völligen Beseitigung der Ansätze zu einer wirklichen Selbstverwaltung der Kolonie griff. Der Verdacht liegt sehr nahe, daß es ihm und den hinter ihm stehenden Kräften vor allem darum zu tun ist, nicht etwa ein phantastisches «kommunistisches Komplott» zu verhindern, sondern die Verfassung selber rückgängig zu machen und die Entwicklung Guayanas zu einer halbwegs modernen Kolonialdemokratie zu hintertreiben. Nur daß dies genau der Weg ist, um den (grundlos) gefürchteten Kommunismus in Guayana wirklich populär zu machen, statt die Reformbewegung auf dem demokratischen Boden zu halten, den sie betreten hatte.

Wie der Konflikt weiter verläuft, bleibt abzuwarten. Nicht abgeklärt ist vorderhand die Rolle der *Vereinigten Staaten*. «Origins and Purpose», ein zuerst 1944 in London erschienenes Handbuch über Großbritanniens Commonwealth und Kolonialreich, erinnert daran, daß Großbritannien während des Krieges verschiedene Flotten- und Luftstützpunkte in Westindien an die Vereinigten Staaten verpachtet hat, und meint, das zeige, daß die USA künftig «mehr als nur ein Außenseiterinteresse am Wohlergehen dieser Kolonien habe»; das könne «zu einer britisch-amerikanischen Zusammenarbeit führen mit dem Zweck, die sehr tiefe Lebenshaltung der karaibischen Völker auf britischem und amerikanischem Gebiet zu heben». Man muß fast annehmen, daß diese Zusammenarbeit eher zur Unterdrückung der Bewegung für die nationale und soziale Befreiung der farbigen Völker benützt wird. Jedenfalls glaubt man in London den Vereinigten Staaten einen Dienst zu leisten, wenn man solch gefährlichen Versuch zur kolonialen Selbstregierung und demokratischen Selbsthilfe, wie er in Britisch Guayana gemacht wurde, im Keim ersticke. Denn das gehört wirklich zu den eisernen Grundsätzen der herrschenden Klassen aller Länder, daß die Demokratie dort ihre Grenzen haben muß, wo sie die Machtstellung und die Bereicherungsmöglichkeiten der Besitzer der Wirtschaftsmittel ernsthaft bedroht.

Britisch Zentralafrika Das dritte Beispiel eines ausgewachsenen Kolonialimperialismus, wie ihn die Westmächte betreiben, ist Britisch Zentralafrika. Es handelt sich um drei Länder, zusammen halb so groß wie Indien, aber mit einer Bevölkerung von nur sechseinhalb Millionen Seelen: *Süd-Rhodesien* (das nordwärts an die Südafrikanische Union anschließt), *Nord-Rhodesien* (zwischen Süd-Rhodesien und dem Belgischen Kongo gelegen) und *Nyassaland* (östlich davon, bis zum Nyassasee). Ein von der konservativen Regierung Englands gegen den Widerstand der Labourpartei und der Afrikaner durchgedrücktes Gesetz — es wird davon noch zu reden sein — hat die drei Kolonien (bzw. «Protektorate») in diesem Jahr zu einer angeblich sich selbst regierenden Föderation zusammengeschlossen. Die Erwerbung dieser Gebiete geht auf die von Cecil Rhodes gegründete Britisch-Südafrikanische Gesellschaft zurück, die im Jahre 1899 eine Konzession für die Ausbeutung des

heutigen Süd-Rhodesiens erlangte. Schon bald als Kronkolonie erklärt, bekam das Territorium 1923 Selbstverwaltung — für die weißen Siedler natürlich nur. Die Konzession wurde in der Folge auf Nyassaland ausgedehnt, auf das auch die Deutschen (von ihrer damaligen ostafrikanischen Kolonie aus) ein Auge geworfen hatten, und ebenso auf das heutige Nord-Rhodesien, das wirtschaftlich das weitaus wichtigste der drei Länder ist. Keines davon wurde anfangs mit offener Waffengewalt gewonnen (obwohl später die Afrikaner in Süd-Rhodesien, die sich gegen die Fremdherrschaft zur Wehr setzten, gewaltsam niedergeschlagen wurden); der Erwerb erfolgte durch Verträge mit den Stammeshäuptlingen, die für ein Trinkgeld — zuweilen einfach eine Kiste billiger Industriewaren und ein paar Flaschen Schnaps — den Engländern Boden und Naturschätze verkauften, ohne zu wissen, was sie taten.*

Denn bald erwies sich, daß insbesondere Nord-Rhodesien märchenhaft reich an Mineralien ist. Das Gold, das man fand, war noch das geringste; entscheidend war die Entdeckung riesiger Kupferlager, und zuletzt stieß man auch auf bedeutende Uranium- und Asbestvorkommen, nicht zu sprechen von anderen Bodenschätzen zweiten und dritten Ranges. Die Gewinne, welche die beteiligten Bergwerksgesellschaften aus der Ausbeutung dieser Reichtümer zogen, waren auch für kolonialkapitalistische Verhältnisse erstaunlich. Bei einem Anlagekapital von insgesamt etwa 24 Millionen Pfund Sterling machten die paar nordrhodesischen Bergwerksgesellschaften im vergangenen Jahr einen Gewinn von rund 12 Millionen Pfund; in einem Fall überstieg die Dividende 150 Prozent. Die Eingeborenen — damals 1 400 000 an der Zahl, gegen 14 000 Weiße — verdienten im ganzen Jahr 1938 durchschnittlich nicht mehr als 8½ Dollar (nach W. R. Espy, «Bold New Program», New York, 1950). Neuere statistische Angaben sprechen für Süd-Rhodesien von rund 30 Schilling (etwa 17 Schweizer Franken) *Monatslohn* für Bergarbeiter und 12½ Schilling (etwa Fr. 7.20) für Landarbeiter (Frauen 9 Schilling, das sind kaum Fr. 5.20), bei 10- bis 14stündiger Arbeitszeit während 30 Tagen im Monat. Europäische Arbeiter verdienen mindestens 20 Schilling (Fr. 11.40) *im Tag,* bei achtstündiger Arbeitszeit und freier Wohnung. Kinderarbeit ist auf den Tabakplantagen weit verbreitet. In Nord-Rhodesien verdienen die schwarzen Bergarbeiter 50 bis 60 Schilling (28 bis 35 Franken) im Monat, die Europäer ebensoviel Pfund (also 570 bis 680 Franken).

Die Afrikaner wurden so nicht nur ihres Bodens und seiner Schätze

* J. F. Horrabin («A short history of the British Empire») würdigt die Leistung der Britisch-Südafrikanischen Gesellschaft wie folgt: «Ein Jahr nach ihrer Bildung besetzte sie Mashonaland mit Waffengewalt; zwei Jahre später hob sie eine weitere Truppenmacht aus zur Besetzung von Matabeleland. ‚Dann brach die Gesellschaft einen Streit mit dem Matabelekönig Lo Bengula vom Zaun, und ihre Söldner fielen in sein Land ein und besiegten ihn.' So entstand Rhodesien. Und wie etwas später in Ostafrika, so wurden auch hier die Eingeborenen in ‚Reservate' zusammengepfercht und der fruchtbare Boden weißen Siedlern zugeteilt.»

beraubt; sie wurden auch auf eine Stufe der Lebenshaltung heruntergedrückt, die für ihre Gesundheit und ihr Leben mörderisch war. Von irgendwelcher Erziehungsarbeit unter den Schwarzen war für die Engländer die längste Zeit keine Rede; nur ganz langsam wurden die Anfänge eines modernen Schulwesens entwickelt. In ganz Nord-Rhodesien gibt es nur eine einzige Sekundar- und Mittelschule, die bis zur Hochschulreife führt — bei einer Bevölkerung von fast zwei Millionen; nur zwei Afrikaner haben es bisher zu einer abgeschlossenen Hochschulbildung literarisch-philologischer Richtung gebracht, während noch überhaupt kein eingeborener Nord-Rhodesier Naturwissenschaften, Medizin oder Recht studieren konnte.

Gewiß haben die weißen «Kolonisatoren» den drei Ländern auch allerlei zivilisatorische Segnungen gebracht — aber eben nur soviel, als sich mit ihrem Hauptzweck, der Ausbeutung der Naturschätze, vertrug. Die Malaria ist im Bereich des nordrhodesischen «Kupfergürtels» ausgerottet, wütet aber außerhalb davon weiter. Wo die Weißen in Süd-Rhodesien Landwirtschaft treiben, ist die Tsetsefliege verschwunden; auf den Ländereien der Eingeborenen fordert sie nach wie vor ihre Opfer. In Nyassaland ist der Sklavenhandel abgeschafft — aber Zehntausende von Schwarzen wandern alljährlich in die Goldfelder von Süd-Rhodesien und Südafrika, wo sie Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen sind, die sich von Sklavenarbeit kaum unterscheiden. Zwischen den einzelnen afrikanischen Stämmen gibt es wohl keine Kriege mehr; aber der Preis für diese «Befriedung» war der Verlust allen Rechtes auf Selbstverwaltung der schwarzen Bevölkerung.

Was für diesen ganzen Kolonialkapitalismus in Britisch Zentralafrika besonders bezeichnend ist, das ist der Anteil, den sich in den letzten Jahren die *Vereinigten Staaten* daran gesichert haben. Basil Davidson, der die Dinge an Ort und Stelle untersucht hat, hebt das in einem Aufsatz für die New Yorker «Monthly Review» (August 1953) nachdrücklich hervor:

> «Wenige unter uns haben sich in Europa die Vereinigten Staaten als imperialistische Macht im strengen Sinn des Wortes denken können, da wir wissen, daß die Vereinigten Staaten kaum so etwas wie Kolonien haben. Aber nun lernen wir, daß wir unrecht haben; und wir lernen es rasch. In unserer Zeit der Hochfinanz scheint es eben nicht mehr nötig, Kolonien zu besitzen, um ein Imperium zu haben.»

In der Tat gehören von den fünf großen Bergwerken in Nord-Rhodesien zwei dem Selection Trust in New York. Eine andere amerikanische Kapitalgesellschaft, die bereits in Südwestafrika «arbeitet», schürft gerade jetzt in Süd-Rhodesien nach Kupfer. Im Jahr 1948 machte es die amerikanische Regierung zur Bedingung für die Marshallplan-Hilfe an Großbritannien, daß die Engländer amerikanischen Interessenten einen wesentlichen Teil ihres Besitzes von Kongo-Uranerz-Aktien überließen. Das Aktienpaket wurde denn auch in aller Form auf den Rockefeller-Trust übertragen, so daß heute nicht nur die Vereinigten Staaten Uranium aus dem

belgischen Kongo holen, sondern auch die Rockefeller-Interessenten große Profite aus den amerikanischen Uraniumkäufen ziehen. «Die Vereinigten Staaten», so sagt Davidson, «sind dergestalt ein wichtiger Nutznießer des britischen ‚Bergwerk-Imperialismus' in Zentralafrika. Ja, noch erheblich mehr als das. Die Vereinigten Staaten sind jetzt aufs stärkste an einer Politik interessiert, die den ‚Bergwerk-Imperialismus' sichern soll, obschon es immer noch die Engländer sind, die dafür zu bezahlen haben, daß — wie man es höflich zu bezeichnen pflegt — ‚Gesetz und Ordnung' aufrechterhalten werden.»

Die Afrikaner haben nämlich dem Zusammenschluß Nord- und Süd-Rhodesiens sowie Nyassalands zu einer Zentralafrikanischen Föderation den erbittertsten Widerstand geleistet und wollen jetzt, da das britische Parlament das Vereinigungsgesetz angenommen hat, sogar an die Vereinten Nationen appellieren. Warum? Etwa weil diese rückständigen Nigger die Vorteile einer stärker zentralisierten Verwaltung nicht einsähen? Mit nichten. Sie sind nur gegen *diese* Art der Zentralisierung — aus allzu gut begreiflichen Gründen. Bisher war, wie schon gesagt, nur Süd-Rhodesien Kronkolonie mit Selbstverwaltung, das heißt mit einer Regierung, die von den weißen Siedlern beherrscht und von London mehr oder weniger unabhängig war; Nord-Rhodesien und Nyassaland hatten eine Verwaltung, die ihre Richtlinien vom britischen Kolonialministerium und letztlich vom britischen Parlament empfing. Das bot den Afrikanern immerhin noch etwelchen Schutz, während sie nun unter der «sich selbst regierenden» Föderation gänzlich auf das «Wohlwollen» der Kolonistenverwaltung angewiesen sind. Und was das bedeutet, das haben sie in Süd-Rhodesien zur Genüge erfahren. Trotz dem papierenen Einspruchsrecht des britischen Kolonialministers führt nämlich die südrhodesische Regierung gegenüber der schwarzen Bevölkerung eine Absonderungs- und Unterdrückungspolitik durch, die sich nicht mehr wesentlich von dem Rassen- und Klassenfanatismus des Malanschen Südafrika unterscheidet. Diese Politik, so fürchten die Afrikaner, soll nun auch auf Nord-Rhodesien und Nyassaland ausgedehnt werden, obwohl insbesondere in Nyassaland, mit seinen zwei Millionen Schwarzen und bloß 5000 Weißen, die Gewinnung *wirklicher* Selbstregierung durch die Afrikaner eine Hoffnung war, die sich in absehbarer Zukunft erfüllen zu können schien. Soll es damit nun — mindestens vorläufig — zu Ende sein? Sollen die weißen Siedler ihren Herrenvolkanspruch mit allen Mitteln staatlicher Gewalt durchsetzen können? Und sollen die Bergwerkskapitalisten weiterhin die billige und gefügige schwarze Arbeitskraft zur Verfügung haben, die ihnen solch glänzende Profite in den Schoß warf?

Was an der Konferenz zur Revision der nordrhodesischen Verfassung, die im September in London stattfand, beschlossen wurde, scheint die afrikanischen Befürchtungen nur allzu rasch zu bestätigen. «Dem Verrat der afrikanischen Interessen durch die Zentralafrikanische Föderation, die einer widerstrebenden afrikanischen Bevölkerung aufgezwungen

wurde, folgt nun in dem Schlüsselland Nord-Rhodesien ein neuer Verrat», stellt ein Mitarbeiter des «New Statesman» (26. September) fest. Die Afrikaner forderten, als erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, im Gesetzgebenden Rat ebensoviel gewählte Vertreter, wie die geringfügige weiße Minderheit besitzen solle, so daß die von der Regierung ernannten Ratsmitglieder den Ausschlag geben würden. Gewiß kein unbescheidenes Verlangen! In der Kolonie Tanganyika besteht diese Ordnung bereits, und mit gutem Ergebnis. Für Nord-Rhodesien wurde sie in London abgelehnt. Wohl sollen künftig zwei weitere Vertreter der Afrikaner dem Gesetzgebenden Rat angehören, aber auch die weißen Siedler werden zwei Abgeordnete mehr haben. Auch eine Ausdehnung des Wahlrechtes auf Afrikaner, die ein Vermögen oder Einkommen von mindestens 100 Pfund haben — wieviel solcher schwarzer «Schwerverdiener» gibt es wohl? —, wurde nicht in Betracht gezogen. Kurz, die afrikanischen Konferenzdelegierten sind enttäuscht und verbittert nach Hause gereist und werden kaum verfehlen, mit ihrem Bericht aufs neue böses Blut in einem Volk zu machen, das schon durch die Schaffung der Föderation schwer gereizt und herausgefordert ist.

Will man in London mit aller Gewalt auch in den beiden Rhodesien und in Nyassaland eine Stimmung und Lage erzeugen, wie sie in Kenya entstanden ist und in der Mau-Mau-Bewegung so explosiven Ausdruck gefunden hat? Und will man sich in Amerika immer noch, ebenso pharisäerhaft wie tatsachenwidrig, rühmen, wie es Präsident Truman bei der Verkündung seines «Punkt-Vier-Planes» getan hat: «Der alte Imperialismus — Ausbeutung für ausländischen Profit — hat in unseren Plänen keinen Raum»?

19. Oktober *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

Nikolai Berdjajew: «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar». Holle-Verlag, Darmstadt und Genf.

Dieses Buch ist das letzte Wort von Nikolai Berdjajew. Er vollendete die erste Niederschrift kurz vor seinem im März 1948 erfolgten Tode. Übersetzer und Verlag haben sich ein großes Verdienst dadurch erworben, daß sie die Herausgabe des Buches ermöglichten.

Wir haben den Eindruck, daß «Das Reich des Geistes und das Reich des Cäsar» auch noch in einem andern als nur zeitlichen Sinn ein *letztes* Wort Berdjajews ist. Noch einmal faßt er darin seinen geistigen Kampf zusammen: die *Weite* und *Tiefe* dieses Kampfes. Es ist wie in allen Werken Berdjajews der Feuerdrang der *Wahrheit,* der lebendige Atem der *Geistesfreiheit* und einer tiefen *Liebe* Gottes — und des Menschen in ihrer unaufhebbaren Verbindung, die auch dieses Werk durchglüht. Groß und einsam ragt dieser Philosoph des Geistes und der Freiheit über unsere Zeit, die er im Verein mit den großen Geistern aller Zeiten und den wenigen unserer Zeit zu deuten wußte.

Berdjajew ist einer der großen Zeugen einer kommenden Welt Gottes und des